

# FRAUENPOLITISCHE PERSPEKTIVEN AUF DEMOKRATIE UND BETEILIGUNG IN FRANKFURT

Deutschland wird im Jahr 2018 das 100-jährige Frauenwahlrecht feiern. Für dieses Recht hatte vor allem die erste Frauenbewegung erfolgreich gekämpft, die sich rund um die Frankfurter Nationalversammlung 1848 in Form erster politischer Frauenvereine zu organisieren begann. Doch nicht nur in Parlamenten wird Politik gemacht. Frauen- und Mädchenrechte werden und wurden sehr oft außerhalb der Parlamente erstritten. Die 68er-Bewegung jährt sich ebenfalls 2018 und somit kann auch auf 50 Jahre zweite Frauenbewegung zurückgeblickt werden.

Ein Tomatenwurf am 13. 9. in Frankfurt als Protest gegen das Ignorieren frauenpolitischer Themen innerhalb der Studentenbewegung war 1968 das Startsignal für eine neue Welle der Frauenbewegung im Westen Deutschlands. Das Eintreten für politische Rechte und Teilhabe hat in Frankfurts frauenbewegter Geschichte eine lange Tradition.

Wir wollen diese Anlässe nutzen, um öffentlich bekannt zu machen: Wofür kämpften Frauenrechtlerinnen und Feminist\*innen vor 100 Jahren? Wofür vor 50 Jahren? Wofür kämpfen wir heute? Und in Zukunft?

Vor 100 Jahren kämpften Frauen um das Recht auf Bildung, das Recht auf politisches Handeln, das Recht auf zivilrechtliche Gleichberechtigung und das Recht auf eigenständige Erwerbsmöglichkeiten. Der letztgenannte Kampf setzt sich bis heute fort. Vor 50 Jahren, in der Zeit der 68er, war dank des Kampfes

der Mütter des Grundgesetzes, insbesondere Elisabeth Selberts, in den Jahren 1948/49 die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bereits formal in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert worden.

Doch zwischen formaler und realer Gleichberechtigung klaffte noch eine sehr tiefe Lücke: Ungleichheiten zwischen Mann und Frau waren und sind der Ausdruck eines tief verwurzelten, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Herrschaftssystems. Bis 1977 waren Frauen laut Gesetz „zur Führung des Haushalts verpflichtet“ und durften nur dann erwerbstätig sein, wenn der Ehemann es erlaubte. Fast 10 Jahre hat die Neue Frauenbewegung also gekämpft, bis die Hausfrauehe abgeschafft und das Scheidungsrecht reformiert wurde. Der Zugriff auf den weiblichen Körper wurde neben der eigenständigen Existenzsicherung als wesentlicher Teil der Frauenunterdrückung gesehen. Die juristische Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Reform des §218 war ein Ergebnis der Kämpfe der zweiten deutschen Frauenbewegung. Gewalt gegen Frauen, die Kontrolle über die Gebärfähigkeit, Pornographie und die Vermarktung des weiblichen Körpers in der Werbung wurden öffentlich thematisiert und in Frage gestellt.

Das Eintreten für Frauenrechte bedeutet immer auch das Eintreten für politische und gesellschaftliche Veränderungen, sei es in autonomen Gruppen oder im Parlament. Deswegen ist das Leitmotiv frauenpolitischen und feministischen Engagements in Deutschland seit den 70er Jahren: „Das Private ist politisch!“

In Frankfurt machen Frauen und Mädchen heute Politik auf vielfältige Weise: Politische Auseinandersetzung findet im Klassenraum, am Küchentisch, im Mädchentreff, durch eine Kunstperformance, in der Kommunalen Ausländer\*innenvertretung, im

Elternbeirat, in der Kneipe, in der Stadtverordnetenversammlung, auf der Straße oder auch im digitalen Raum statt. Diese vielfältigen politischen Auseinandersetzungen möchten wir verstärkt mit Frauen- und Mädchenpolitik verknüpfen und für möglichst viele zugänglich machen. Dem Frauenreferat ist dabei wichtig, dass nicht „über“, sondern mit den Menschen gesprochen wird, um ihre Erfahrungen und Perspektiven zu berücksichtigen. Denn auch wenn mehr als 100.000 ausländische Frankfurter\*innen kein Wahlrecht bei den Kommunalwahlen haben, heißt das nicht, dass diese Bürger\*innen sich nicht politisch in der Stadt beteiligen oder engagieren.

Die Frankfurter\*innen, die wir besonders in den Blick nehmen wollen, sind neben Erstwähler\*innen, Nichtwähler\*innen, politisch und sozial engagierten und organisierten Personen und zukünftigen Politiker\*innen, vor allem Frauen und Mädchen mit Migrationsgeschichte sowie geflüchtete Frauen.

Die politische Teilhabe von Frauen und Mädchen in Frankfurt ist der zentrale Punkt von Frauen\_Macht\_Politik.

Wir wollen uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Wer kann politisch teilhaben und wer nicht?  
Warum sind diese Verhältnisse so?
- Was motiviert Frauen, sich politisch zu engagieren und welche Hindernisse stehen ihnen dabei im Weg?
- Was braucht es in Frankfurt, damit Frauen und Mädchen sich an Politik, verstanden als das Gestalten der Stadtgesellschaft, beteiligen können und wollen?

Wir möchten Projekte und Diskussionen in Frankfurt initiieren, die Hindernisse und Hürden bei der politischen Beteiligung von Frauen und Mädchen aufdecken, Lösungen anbieten und gute Beispiele verbreiten. Denn die Kämpfe für Frauen- und Mäd-

chenrechte sind weder lange her noch ausgekämpft. „Das Private ist politisch!“, dies deutlich zu machen war das zentrale Anliegen der Frauenbewegung. Dafür stehen Feminist\*innen noch heute ein und bringen gesellschaftliche Veränderungen voran:

Zum Beispiel fand 2016 endlich „Mein NEIN meint NEIN“ Einzug in das deutsche Sexualstrafrecht. Mit dem neuen Gesetz ist ein sexueller Übergriff schon dann strafbar, wenn er gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt wird. Das heißt: Das Opfer muss sich nicht mehr wie bisher körperlich wehren, damit eine Vergewaltigung auch vor Gericht als solche gewertet wird. Vor rund 20 Jahren konnte eine Frau in Deutschland zum Beispiel noch ungestraft in der Ehe vergewaltigt werden, da die Ehe als Privatangelegenheit angesehen wurde. Das ist lange her? Das hat nichts mit uns Frauen heute zu tun? Leider falsch. Die damals begonnenen Kämpfe sind bis heute relevant!

Ein weiterer Meilenstein im politischen Kampf der Frauen um Gleichberechtigung wurde in Deutschland im Sommer 2017 mit der Verabschiedung des Gesetzes für mehr Lohngerechtigkeit im Bundestag erreicht. 90 Prozent aller Deutschen finden, dass Frauen für gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen sollen wie Männer. Nur rund ein Viertel weiß aber davon, dass dem nicht so ist und Frauen in Deutschland weniger verdienen als Männer.

Das Thema Wahlen ist der weitere Fokus von Frauen\_Macht\_Politik. Mit diesem Augenmerk auf Wahlen und Wahlbeteiligung wollen wir dazu beitragen, dass Frauen sich wählen lassen und auch wählen gehen. Ziel ist es, Mädchen und Frauen zu bestärken, aktiv Einfluss zu nehmen und Frankfurt mitzugestalten. Das erscheint auch in Frankfurt dringend notwendig.

Im April 2011 standen noch drei Frauen an der Spitze Frankfurts, Platz 1 im bundesweiten Genderranking. Doch diese frauenpolitische Errungenschaft hielt nur ein Jahr: An der Spitze stehen heute drei Männer. Auch der Anteil weiblicher Stadtverordneter ist stark zurückgegangen, von 48 auf 38 Prozent. Doch ist uns das in Frankfurt nach 100 Jahren Frauenwahlrecht genug?

Wir finden: Es reicht nicht! Wir stimmen Tony Sender zu, die im März 1919 Stadtverordnete in Frankfurt wurde und in ihrer späteren politischen Karriere sagte:

„Auf uns kommt es darum an. Ihr Frauen und Mädchen habt den Mut zum Neuen, habt den Mut zum Glück.“

In Frankfurt gibt es eine engagierte Zivilgesellschaft und eine starke feministische Szene. Von hier aus wurden Initiativen in Theater, Kunst, Kultur und Sozialen Bewegungen wie der Womens' March, der Internationale Mädchen\*tag, Aktionen und Demonstrationen rund um den 8. März oder Kampagnen wie #aufschrei und #ausnahmslos mitorganisiert. #ausnahmslos wehrt sich gegen die Vereinnahmung feministischer Themen durch rechtspopulistische und rassistische Stimmen, die eine direkte Verbindung zwischen der Aufnahme von Geflüchteten und der Gefährdung von Frauenrechten in Deutschland herstellen. Gegen diese Vermischung von Rassismus und Pseudo-Feminismus kämpfen Feminist\*innen heute deutschlandweit und eben auch in Frankfurt.

Frauen-/Mädchenrechte sind bis heute noch immer keine Selbstverständlichkeit. Gleichberechtigung im Sinne von gleichen Rechten unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung ist keine Selbstverständlichkeit, genauso wenig wie Demokratie eine Selbstverständ-

lichkeit ist. Oder um es mit Carolin Emcke zu sagen, die 2016 für ihr Buch „Gegen den Hass“ in Frankfurt den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt: „Wir dürfen uns nicht nur als freie, säkulare, demokratische Gesellschaft behaupten, sondern wir müssen es dann auch sein.“

Das Frauenreferat Frankfurt fordert deshalb alle Frankfurter\*innen auf, mit uns für ein gleichberechtigtes, eigenständiges und gewaltfreies Leben in Frankfurt einzustehen.